

Für eine bessere Politik

Die CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
zieht Bilanz nach
zwei Jahren Rot-Grün

FAZIT

Die Halbzeitbilanz von Rot-Grün zeigt: Diese Regierung kann die vor uns liegenden Zukunftsaufgaben nicht bewältigen. Der wirtschaftliche Aufschwung bietet neue Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung. Aber diese Regierung nutzt diese Chancen nicht.

Friedrich Merz
Michael Glos

Vorsitzender und Erster
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

ARGUMENTE GEGEN EINE VERFEHLTE POLITIK

■ Mehrbelastungen für den Bürger: Seite 2 ■ Verfehlte Steuerreform: Seite 3 ■ Benachteiligung des Mittelstandes: Seite 3 ■ Politik auf Kosten der sozial Schwachen: Seite 4 ■ Keine Politik für Familien: Seite 5 ■ Kein Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt: Seite 6 ■ Die Rentenlügen: Seite 7 ■ Gesundheitspolitik: Auf ganzer Linie versagt: Seite 8 ■ Die Rücklagen der Pflegeversicherung geplündert: Seite 10 ■ Investitionen in die Zukunft Deutschlands: Seite 10 ■ Konzeptionslose Bildungs- und Forschungspolitik: Seite 11 ■ Landwirtschaft und ländlicher Raum gefährdet: Seite 12 ■ Die neuen Bundesländer vergessen: Seite 13 ■ Ausstieg aus der Umweltpolitik: Seite 13 ■ Weniger Sicherheit statt besserer Schutz der Bürger: Seite 14 ■ Verfehlte Zuwanderungs- und Integrationspolitik: Seite 15 ■ Deutsche EU-Ratspräsidentschaft nicht genutzt: Seite 16 ■ Für die Schwäche des Euro ist Rot-Grün mitverantwortlich: Seite 16 ■ Verhältnis zu den europäischen Partnern und Nachbarn getrübt: Seite 17 ■ Bislang kein Beitrag der Regierung Schröder/Fischer zur Regierungskonferenz: Seite 18 ■ Die Bundeswehr als Sparopfer: Seite 19 ■ Kein Geld für Menschen in Not: Seite 19 ■ Außenpolitik ohne :Seite 20

MEHRBELASTUNGEN FÜR DEN BÜRGER

Hatte Bundeskanzler Schröder den Bürgern vor der Bundestagswahl noch versprochen, nur einmalig 6 Pfennig Ökosteuer über die gesamte Legislaturperiode zu erheben, wurden daraus nach der Wahl gleich fünfmal 6 Pfennig bis 2003, zusammen mit je 1 Pfennig Mehrwertsteuer also 35 Pfennig. Benzpreise von 2,20 DM und mehr werden spätestens zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2002 Realität. Und der nächste Preisschub wenige Monate später ist bereits fest eingeplant!

„DIE EINNAHMEN – DAS IST DER KERNPUNKT – AUS DER ENERGIE-STEUER VERWENDEN WIR NUR ZUR SENKUNG DER GESETZLICHEN LOHNNEBENKOSTEN.“

Allein die Ökosteuer belastet Bürger und Unternehmen bis zum Jahr 2003 mit rund 130 Mrd. DM. Anstatt auf eine gemeinsame europäische Regelung zu setzen, bürdet die Bundesregierung im Alleingang den deutschen Unternehmen zusätzliche Kosten auf – eine massive Benachteiligung für den Produktionsstandort Deutschland im härter werdenden europäischen Wettbewerb. Es wird keine Rücksicht genommen auf Arbeitnehmer, Rentner und sozial Schwache, die auf das Auto angewiesen sind.

Die Ökosteuer bringt nichts für den Schutz unserer Umwelt. Sie ist weder „ökologisch“ noch „logisch“ – Grossverbraucher werden mit Sonderregelungen aus der Besteuerung herausgenommen, Handwerk und Mittelstand und vor allem Bürger mit geringem Einkommen werden dafür überdurchschnittlich belastet. Die Ökosteuer ist ein Schuss in den Ofen.

Die Ökosteuer dient einzig dem Abkassieren. Bis zur Bundestagswahl 2002 versichert

ein Teil ihres Aufkommens im Bundeshaushalt oder wird für Leistungsausweitungen bei der Sozialversicherung verwendet, nur ein Fünftel der Ökosteureinnahmen fließt in die versprochene Senkung der Rentenbeiträge – der nächste Wortbruch!

Die CDU/CSU-Fraktion fordert daher die Abschaffung der Ökosteuer und hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Der Gesetzesentwurf sieht im Einzelnen folgende Maßnahmen vor:

- Senkung der Mineralölsteuer auf das Niveau vor der sog. Ökosteuer. Für Benzin bedeutet das einen Steuersatz pro Liter von 98 Pf ab 1.1.2001. Nach bisher geltendem Recht wären es dagegen 1,16 DM.
- Aufhebung der Mineralölsteuererhöhungen für die Jahre 2001 bis 2003.
- Ersatzlose Aufhebung der Stromsteuer.

Die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung sind Flickschusterei und nicht mehr als ein Kurieren an den Symptomen.

Die rotgrüne Regierung hatte in der Koalitionsvereinbarung versprochen, die Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 % zu senken. Trotz milliardenschwerer Ökosteuer-Zuschüsse in die Rentenversicherung hat sie sich klammheimlich von diesem Ziel verabschiedet. Entlastung für die Bürger? Auch hier Fehl-anzeige!

Wer wie Schröder die Frage der Lohnnebenkosten als „abstrakte Diskussion“ bezeichnet, zeigt, wie wenig er von den Problemen des Arbeitsmarktes versteht. Das gilt vor allem für die personalintensiven Betriebe in Handwerk und Mittelstand, aber z.B. auch für die neuen Dienstleistungsbranchen.

„DIE NEUE BUNDESREGIERUNG WIRD DAFÜR SORGEN, DASS DIE SOZIALABGABEN GESENKT WERDEN.“

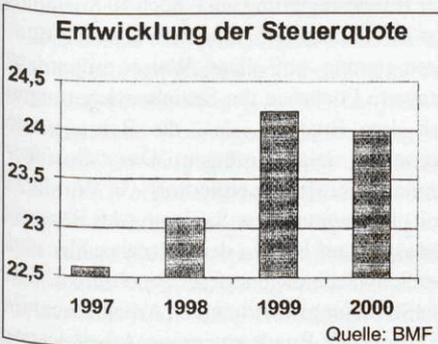
Als Ergebnis des fortlaufenden Drehens an der Steuerschraube ist die volkswirtschaftliche Steuerquote, die bezeichnet, wie viel Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung der Staat an Steuern absorbiert, unter dieser Bundesregierung binnen zwei Jahren um mehr als einen vollen Prozentpunkt von gut 23 auf 24,2 % angestiegen – so hoch wie nie zuvor!

Auch die Belastung der Löhne mit Steuern und Sozialabgaben zusammen ist für Bürger und Unternehmen unter Rot-Grün mit rd. 43 % des Bruttolohnes auf ein neues Rekordniveau gestiegen. Dies zeigt:

Was der Bürger in die eine Tasche aus kleinen Entlastungen bei den Rentenversicherungsbeiträgen bekommt, wird ihm aus der anderen Tasche mit höheren Ökosteuern wieder abgenommen!

DIE VERFEHLTE STEUERREFORM – EINE VERTANE CHANCE

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat frühzeitig das Steuerkonzept Die bessere „Alternative“ erarbeitet. Die Union hat dann in den Verhandlungen mit der Bundesregierung im Vermittlungsausschuss wichtige Verbesserungen nicht zuletzt für den Mittelstand erreicht.



Und dennoch: Die Eichelsche Steuerreform ist verfehlt, sie ist ungerecht und sie kommt in wesentlichen Teilen zu spät. Eine grundlegende Steuerreform muss alle Einkunftsarten gleich behandeln. Personenunternehmen dürfen nicht gegenüber Kapitalgesellschaften schlechter gestellt werden. Auch darf nicht zwischen „schlechten“ Unternehmern und „guten“ Unternehmensgewinnen unterschieden werden. Diesen Anforderungen wird die Eichelsche Steuerreform nicht gerecht. Sie leistet damit keinen nachhaltigen Impuls für Wachstum und Beschäftigung. Risikobereitschaft, Eigeninitiative und Unternehmertum werden von dieser Steuerreform nicht belohnt.

„IM MITTELPUNKT STEHT DIE
ENTLASTUNG DER AKTIV
BESCHÄFTIGTEN UND IHRER
FAMILIEN SOWIE DER KLEINEN
UNTERNEHMER.“
(GERHARD SCHRÖDER,
REGIERUNGSERKLÄRUNG
VOM 10. NOVEMBER 1998)

Wir brauchen eine spürbare Senkung der Steuern für alle Unternehmen und alle Bürger. Die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 % in 2005 ist zu gering und sie kommt Jahre zu spät. Weil dieser Satz bereits ab einem Einkommen von 102.000 DM greift, ist die Entlastung für die Steuerzahler nur gering. Künftig zahlt schon der gutverdienende Facharbeiter den Spitzensteuersatz – das hat es noch nie gegeben!

BENACHTEILIGUNG DES MITTELSTANDES

Der Mittelstand ist Rückgrat und Konjunkturlokomotive unserer Wirtschaft. Der Mittel-

stand tätigt fast die Hälfte aller Investitionen. Vier von fünf Arbeitnehmern finden hier einen Arbeitsplatz, 80 % der Lehrlinge werden von Handwerk und Mittelstand ausgebildet. Doch von der sogenannten „größten Steuerreform aller Zeiten“ profitieren in erster Linie grosse Aktiengesellschaften.

WIR ERÖFFNEN DEN MENSCHEN
DIE PERSPEKTIVE DER SELBSTÄN-
DIGKEIT. WER EINE EXISTENZ
GRÜNDEN, EINE GUTE IDEE VER-
MARKTEN WILL, DEM WERDEN
WIR NACH KRÄFTEN HELFEN.“
(GERHARD SCHRÖDER,
REGIERUNGSERKLÄRUNG
VOM 10. NOVEMBER 1998)

Die Neuregelung der 630-Mark-Jobs hat vielen Klein- und Mittelunternehmen die notwendige Flexibilität beim Personaleinsatz genommen. Hunderttausende haben die Möglichkeit verloren, das Haushaltseinkommen mit einem Nebenjob aufzubessern. Auch das sogenannte Scheinselbständigkeitsgesetz mit immer neuen Korrekturen hat eine einzigartige Bürokratie geschaffen, die viele Menschen den Arbeitsplatz und noch mehr Menschen den Mut zur Selbständigkeit gekostet hat. Die Neuregelungen beim Kündigungsschutz lassen Kleinunternehmen noch stärker zögern, neue Mitarbeiter überhaupt einzustellen.

Im Ergebnis hat die rotgrüne Regierung wichtige Schritte der früheren unionsgeführten Bundesregierung zu mehr Anpassungsfähigkeit und Aufnahmefähigkeit unseres Arbeitsmarktes rückgängig gemacht. Sie trägt die Verantwortung für mehr Verkrustung und damit weniger Beschäftigungschancen vor allem für diejenigen, die seit Jahren auf Jobsuche sind. Während Schröder sich bei Holtzmann über Arbeits- und Wettbewerbsrecht hinwegsetzt, müssen Tausende von mittelständischen

Unternehmen aufgeben. Dies erklärt im übrigen auch, warum es unter den Arbeitsuchenden noch nie zuvor einen so hohen Anteil Langzeitarbeitsloser gibt: Fast vier von zehn Arbeitslosen sind mittlerweile länger als zwei Jahre erwerbslos – ein neuer trauriger Rekord.

POLITIK AUF KOSTEN DER SOZIAL SCHWACHEN

Die Bundesregierung hatte den Menschen „soziale Gerechtigkeit“ versprochen – tatsächlich spart sie im Bundeshaushalt vor allem zu Lasten der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Bezieher niedriger Einkommen. Und sie verschiebt Milliardenkosten vom Bund auf die Sozialversicherungen wie auf Städte und Gemeinden.

Langzeitarbeitslose mit ohnehin niedrigem Einkommen stehen als Folge der von Rot-Grün durchgesetzten Abkopplung der Lohnersatzleistungen von der allgemeinen Einkommensentwicklung im Rahmen des sog. Sparprogramms vor harten Einschnitten. Ausserdem ist gerade diese Gruppe durch eine drastische Kürzung der vom Bund zu leistenden Beiträge an die Sozialversicherungen dramatisch betroffen. Diese Menschen werden dann nicht nur lange Zeit ohne Arbeit gewesen sein, sie werden durch die Kürzungsmassnahmen der Bundesregierung auch noch zu Sozialfällen im Rentenalter. Außerdem reißt die Bundesregierung auf diese Weise milliarden-schwere Löcher in die Sozialversicherungen mit dem Ergebnis, dass die Beitragssätze schneller steigen müssen. Das „Sparprogramm“ der Bundesregierung – in Wirklichkeit ein Programm zur Sanierung des Bundeshaushalts auf Kosten der Beitragszahler und der Schwächeren in unserer Gesellschaft! Mit der Streichung der originären Arbeitslosenhilfe macht die Bundesregierung Arbeitslosen-

hilfeempfänger zu Sozialhilfeempfängern. Der Bund entlastet sich auf diese Weise von Milliardensummen, indem die Kosten einfach auf die Kommunen abgewälzt werden. Ergebnis: Städten und Gemeinden fehlen künftig noch mehr Mittel für dringende Investitionen etwa in Schulen und beim Straßenbau.

Die Ausgaben im Zivildienst werden um knapp 900 Mio. gekürzt mit dem Ergebnis, dass zehntausende Stellen für Zivildienstleistende verloren gehen. Davon betroffen sind die Altenpflege und Behindertenbetreuung, also wieder einmal die Schwächsten unter uns.

Gleichzeitig hat man mit der Neuregelung der 630-DM-Jobs gerade diesen Bereich extrem geschwächt, indem zahlreiche Menschen aus ihren Jobs getrieben wurden.

Der soziale Wohnungsbau wird Stück für Stück abgebaut. Entgegen allen Ankündigungen wurden die Fördermittel nicht etwa ausgeweitet, sie werden gedrittelt – von 1,35 Mrd. DM in 1998 auf nur noch 450 Mio. DM in 2001! Der Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion, die mittelbare Belegung zu fördern, wurde von Rot-Grün abgelehnt.

Auch das neue Wohngeld bleibt deutlich hinter der Mietentwicklung zurück. Finanzielle Lasten sollten wieder einmal auf Länder und Kommunen abgewälzt werden, was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Vermittlungsverfahren gerade noch verhindern konnte.

Die Union will den Bürgern bezahlbaren Wohnraum ermöglichen und die Eigentumsförderung vorantreiben. Rot-Grün hat jedoch die steuerliche Wohneigentumsförderung im Wesentlichen aufgegeben durch die Streichung des Vorkostenabzugs und die Absenkung der Einkommensgrenzen bei der Eigenheimzulage. Den Ausstieg der Bundesregierung aus der Mitfinanzierung des Wohngeldes konnte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erst im Vermittlungsausschuss stoppen

KEINE POLITIK FÜR FAMILIEN

Ehe und Familie haben für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unverändert hohen Stellenwert. Die rotgrüne Konzeption für gleichgeschlechtliche Partnerschaften und deren besondere finanzielle Förderung zeigen vor allem eines: Rot-Grün missachtet Ehe und Familie als Keimzelle unseres Gemeinwesens. Rot-Grün setzt sich bewusst darüber hinweg, dass Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes stehen.

„WIR WOLLEN DEUTSCHLAND
WIEDER ZU EINEM KINDER- UND
FAMILIENFREUNDLICHEN LAND
MACHEN.“
(KOALITIONSVEREINBARUNG
VOM 20. OKTOBER 1998)

Die CDU/CSU-Fraktion respektiert die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen als der Ehe einen partnerschaftlichen Lebensentwurf zu verwirklichen suchen. Wir haben bereits in der früheren Regierung erhebliche Verbesserungen für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften erzielt und stellen uns Änderungen, wo wirklich notwendig, nicht in den Weg. Aber eine Gleichstellung mit der Ehe lehnen wir entschieden ab.

Die materiellen Bedingungen für Familien verschlechtern sich. Familien sind in besonderer Weise von der Ökosteuer betroffen. Die geringen Verbesserungen von Rot-Grün beim Erziehungs- und Kindergeld liegen weit unter den anfänglichen Versprechungen. Eine Million Kinder befinden sich heute in der Sozialhilfe. Wir meinen: Kinder dürfen nicht zur Sozialhilfe führen. Es ist Ziel unserer Politik, dass Kinder nicht in die Sozialhilfe führen. Familienpolitik kann sich nicht allein nach der Kassenlage richten. Die CDU/CSU-Bundestags-

fraktion fordert daher eine Anhebung der Kinderfreibeträge und deren Dynamisierung. Vor allem setzen wir uns für ein Familiengeld ein, das insbesondere in der Kleinkind- und Vorschulphase spürbare Entlastung für die Familien bringt. Auch die geforderte Verbesserung der Anrechnung von Erziehungsleistungen in der Alterssicherung ist ein Beitrag dazu, dass möglichst viele Menschen ihre Lust auf Familie und auf Verantwortung Wirklichkeit werden lassen.

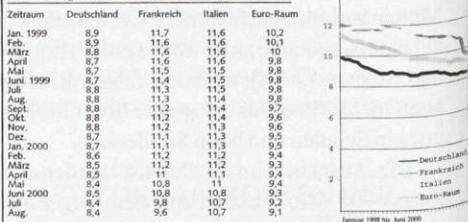
KEIN DURCHBRUCH AUF DEM ARBEITSMARKT

Arbeitslosigkeit abbauen, ein neues Beschäftigungswunder schaffen – das sollte Chefsache sein. Tatsächlich ist die Zahl der Arbeitsplätze im ersten Jahr von Rot-Grün erst einmal zurückgegangen, um zur Mitte des Jahres 2000 wieder das Niveau zu erreichen, das Rot-Grün im Herbst 1998 von der Vorgängerregierung übernommen hat. Im letzten Regierungsjahr der christlich-liberalen Koalition waren (saisonbereinigt) 320.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden – ein Beschäftigungsboom, den Rot-Grün abrupt gestoppt hat. Dieser Arbeitsplatzboom konnte sich 1999 in allen europäischen Staaten fortsetzen, nur nicht in Deutschland. Wäre bei uns die Zahl der Arbeitsplätze auch nur im Durchschnitt der anderen EU-Länder gewachsen, hätten wir in Deutschland heute 500.000 Arbeitsplätze mehr. Statt dessen ist Deutschland unter Rot-Grün zum europäischen Schlusslicht geworden.

Geradezu dramatisch ist die Situation in Ostdeutschland: Hier ist die Zahl der Erwerbstätigen 1999 um fast 50.000 zurückgegangen und wird in diesem Jahr nochmals um rund 75.000 zurückgehen. Noch niemals zuvor hat-

Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union in %

Im Euro-Raum, z. B. in Frankreich und Italien, wird die Arbeitslosigkeit deutlich gesenkt – nur in Deutschland nicht.



ten so wenig Menschen in Ostdeutschland einen Arbeitsplatz – auch ein Ergebnis der Chefsache Schröder! Deswegen verharrt die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern bei 17 %, die Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland nimmt zu.

Dass die Arbeitslosenzahlen in Deutschland dennoch gegenwärtig rückläufig sind, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass als Folge des Altersaufbaus unserer Gesellschaft sehr viel mehr ältere Arbeitslose aus der Arbeitslosenstatistik ausscheiden als jüngere Arbeitslose in die Statistik aufgenommen werden – eine Folge geburtenstärker Jahrgänge. Ohne dass überhaupt ein Arbeitsplatz zusätzlich entsteht, sinkt so die Arbeitslosigkeit allein um fast 200.000 pro Jahr – dieser Trend wird in den nächsten Jahren anhalten. So verwundert es nicht, dass die Bundesregierung weiter abnehmende Arbeitslosenzahlen versprechen kann. Ihre Hoffnung gründet zu einem grossen Teil darauf, dass Arbeitslose zu Rentnern werden – ein bescheidenes Ziel!

Welche Maßnahmen zur Belebung unseres Arbeitsmarktes unternimmt die Bundesregierung tatsächlich? Auch hier Fehlzanzeige! Sie setzt auf die Schwäche des Euros und darauf, dass Deutschland von den anderen europäischen Ländern im Konjunktur-Schlepptau irgendwie mitgezogen wird. Dies ist entschieden zu wenig.

„WIR WOLLEN UNS JEDERZEIT – NICHT ERST IN VIER JAHREN – DARAN MESSEN LASSEN, IN WELCHEM MAßE WIR ZUR BEKÄMPFUNG DER ARBEITS-LOSIGKEIT BEITRAGEN.“

(GERHARD SCHRÖDER, REGIERUNGSERKLÄRUNG VOM 10. NOVEMBER 1998)

Einzig: Die Bundesregierung versucht, mit staatlichen Programmen den Arbeitsmarkt zu entlasten. Doch die sind nicht nachhaltig. 200.000 Jugendlichen hat man in zwei Jahren in eine Maßnahme eines Sofortprogramms vermittelt. Davon hat aber nur ein geringer Teil eine reguläre Ausbildung aufgenommen oder einen Arbeitsplatz erhalten.

Zu Recht wird dies auch innerhalb der SPD kritisiert, so z.B. in einem offenen Brief von 40 SPD-Bundestagsabgeordneten an Bundeskanzler Schröder. Denn Jugendliche erwarten zu Recht eine dauerhafte verlässliche Perspektive, keine staatlichen Beschäftigungsprogramme, die sich im Nachhinein stets als teure Strohfeuerprogramme entpuppt haben.

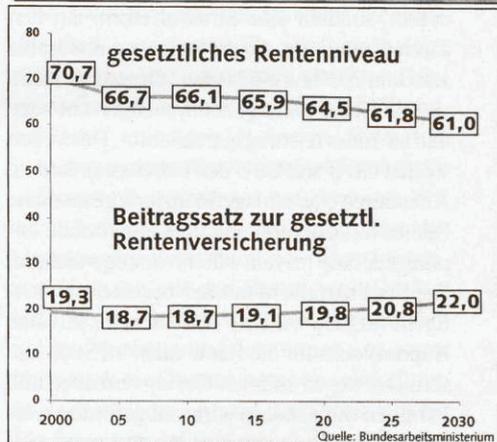
DIE RENTENLÜGEN

Vor der letzten Bundestagswahl versprach Schröder weiter steigende Renten, ohne dass dafür die Rentenbeiträge erhöht werden müssten. Das Rentenreformgesetz der christlich-liberalen Koalition nannte er sogar „unanständig“.

Schröders Wahlkampflügen und falsche Versprechungen sind allesamt wie Seifenblasen geplatzt – eine nach der anderen. Die Rücknahme der Rentenreform der unionsgeführten Bundesregierung war nicht mehr als ein populistischer und in der Sache

falscher Schritt. Erst wurde den Menschen alles versprochen, statt dessen kamen Rentenkürzung und „Rente nach Kassenlage“. Kurze Zeit später folgte Riesters Idee einer „Zwangsrente“ – fortan sollte jeder Einzelne verpflichtet werden, zusätzlich in eine private Rentenkasse einzuzahlen. Kaum zurückgenommen, musste die Bundesregierung eingestehen, dass die Beiträge trotz Ökosteuer mit ihrer Politik deutlich über die 20-%-Marke hinaus steigen werden.

Rot-grünes Rentenkonzept: Steigende Beitragssätze bei sinkenden Rentenniveau - trotz Ökosteuer



Rentner und Beitragszahler wurden betrogen und belogen. Getroffen hat Schröder wieder einmal die Schwachen. Die Renten sind kleiner, sie sind aber nicht sicherer geworden.

Arbeitsminister Riester hat die Rente zum Lotteriespiel gemacht. Seit seinem Amtsantritt hat er die Glaubwürdigkeit unseres Rentensystems in unverantwortlicher Weise aufs Spiel gesetzt. Viermal änderte er binnen weniger Wochen allein die Berechnungsgrundlagen für das Rentenniveau. Riester steht für Chaos und Konzeptionslosigkeit.

„ICH STEH DAFÜR, DASS DIE RENTEN AUCH IN ZUKUNFT SO STEIGEN WIE DIE NETTOEINKOMMEN DER ARBEITNEHMER. DAS IST EIN PRINZIP, DAS WIR NICHT ANTASTEN WERDEN.“
(GERHARD SCHRÖDER,
VILSHOFEN, 17. FEBRUAR 1998)

Rentenpolitik ist Vertrauenssache. Deswegen haben CDU und CSU der Bundesregierung im Herbst 1999 gemeinsame Gespräche zur Zukunftssicherung der Rente angeboten. CDU und CSU haben erreicht, dass die Bundesregierung sich nicht länger vor den Problemen drückt, sondern eine Strukturreform auf den Tisch legen muss, die die Rente zumindest bis zum Jahr 2030 auf eine sichere Grundlage stellt.

Die Rente muss generationengerecht sein, und sie muss leistungsgerecht sein. Deswegen wollen CDU und CSU den Lebensstandard im Alter durch eine umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung und eine ergänzende kapitalgedeckte private Altersvorsorge sichern. Der Staat darf die Menschen bei einer so wichtigen Aufgabe wie dem Aufbau eines privaten Kapitalstocks für die Rente nicht im Stich lassen. Deswegen müssen Geringverdiener und Familien mit Kindern wirksam gefördert werden. Hierzu haben wir eine Kinderkomponente von 30 DM pro Kind und Monat vorgesehen.

CDU und CSU wollen die nachgelagerte Besteuerung der Aufwendungen für die private Alterssicherung und die Berücksichtigung der Kinderzahl. Einzig und allein dem Druck der Union ist es zuzuschreiben, dass sich die Bundesregierung in ihren bisherigen Vorschlägen in diesen Fragen überhaupt bewegt hat. CDU und CSU haben durchgesetzt, dass die Beitragszahler künftig jährlich über den Stand ihrer Rentenanwartschaften informiert werden.

Am 6. Juni hat die Bundestagsfraktion das Rentenkonzept von CDU und CSU einstimmig

verabschiedet. Dagegen war die Bundesregierung erst Ende September in der Lage, einen ersten „Diskussionsentwurf“ für eine Rentenreform vorzulegen. Dieses rotgrüne Rentenkonzept weist erhebliche Mängel auf.

Die Reform belastet überproportional die junge Generation, begünstigt die Entstehung von Altersarmut, benachteiligt die Rentnerinnen und Rentner durch Kürzungen aufgrund willkürlicher Rechengrößen, schafft neue Ungerechtigkeiten für Frauen und beeinträchtigt damit die soziale Balance des gesamten Systems. Aus diesen Gründen ist der Entwurf in seiner jetzigen Form nicht zustimmungsfähig.

Deswegen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, im Deutschen Bundestag unverzüglich unter Berücksichtigung unserer Vorschläge einen Gesetzentwurf zur Reform der Rentenversicherung einzubringen. Sie ist nach wie vor bereit, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens an einer sachgerechten Lösung einer zukunftsorientierten Alterssicherung mitzuwirken.

Weil eine tragfähige Reform der Alterssicherung nicht nur einen politischen, sondern auch einen gesellschaftlichen Konsens erfordert, werden wir parallel zum Gesetzgebungsverfahren in einen intensiven Dialog mit den Sozialpartnern, Sozialverbänden, Rentenversicherungsträgern und den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen eintreten. Die Ergebnisse des Dialogs und einer vertieften Prüfung des vorliegenden Diskussionsentwurfs werden in das weitere Gesetzgebungsverfahren eingebracht.

GESUNDHEITSPOLITIK: AUF GANZER LINIE VERSAGT

Im Wahlkampf 1998 wurde den Menschen das Blaue vom Himmel versprochen: ständige Leistungsausweitungen, bessere

medizinische Versorgung, niedrigere Zahlungen – und das alles bei stabilen Beitragsätzen. Nach zwei Jahren das gleiche Fazit wie in der Rentenpolitik: Die Menschen wurden belogen und betrogen.

Die rotgrüne Gesetzgebung der letzten beiden Jahre hat kein grundlegendes Problem in der Gesundheitspolitik gelöst – aber viele neue geschaffen. Rot-Grün wollte die Uhren zurückdrehen – und ist damit kläglich gescheitert. Der Versuch, mit Bürokratisierung und Budgetierung die Kosten zu begrenzen, ist fehlgeschlagen. Einer zukunfts-fähigen Reform wurde von Ministerin Fischer eine klare Absage erteilt.

Durch die Festlegung von Ausgabengrenzen wurden Qualitätseinbußen in der medizinischen Versorgung geradewegs vorprogrammiert. Zusätzlich hat die Bundesregierung der GKV Mittel entzogen oder durch völlig unnötige Maßnahmen neue Zahlungsverpflichtungen aufgebürdet. Daraus erwächst allein im Jahr 2000 eine Belastung der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 5,3 Mrd. DM und im Jahr 2001 von 7,5 Mrd. DM. Das Abzocken der Menschen mit der Sozialabgabepflicht aus den 630-DM-Jobs führte zu Mehreinnahmen von 1 bis 2 Mrd. DM – die aber reichen bei weitem nicht aus, die neu aufgerissenen Lücken zu schließen. Die ersten Kassen haben für nächstes Jahr schon weitere Beitragsanhebungen angekündigt. Gleichzeitig ist nicht auszuschließen, dass in Arztpraxen und Krankenhäusern der Versorgungsnotstand ausgerufen wird.

Steigende Beitragsätze und Rationierung von Gesundheitsleistungen – das ist die Halbzeitbilanz von zwei Jahren rotgrüner Gesundheitspolitik. Der Patient bleibt auf der Strecke.

Diese menschenunwürdigen Zustände sind mit der Union nicht zu machen. Die Ra-

tionierung von medizinischen Leistungen ist mit unserem christlichen Menschenbild unvereinbar.

„DIE NEUE BUNDESREGIERUNG WIRD DAFÜR SORGEN, DASS GESUNDHEIT FÜR ALLE BEZAHLBAR BLEIBT UND JEDER DEN GLEICHEN ANSPRUCH AUF EINE QUALITATIV HOCHSTEHENDE MEDIZINISCHE VERSORGUNG HAT.“

Wir stehen seit Jahren vor der Herausforderung, den Kostenanstieg einzudämmen.

Wir wollen den hohen Standard der medizinischen Versorgung für alle beibehalten, unabhängig von Einkommen und Alter. Und wir wollen an der freien Arztwahl als Grundrecht des mündigen Patienten festhalten. Denn für uns steht der Patient im Mittelpunkt.

Deswegen setzen wir auf Anreize. Wir setzen auf ein Gesundheitssystem, das das Interesse der Beteiligten an einem sparsamen Umgang mit den Beitragsmitteln fördert. Die Versicherten gehen dann sorgsam mit den Versicherungsleistungen um, wenn ihnen auch die Chance gegeben wird, durch ihr Verhalten die eigenen Kosten zu senken. Wir brauchen mehr Anreize für einen verantwortungsvollen Umgang mit Beitragsmitteln.

Deswegen wollen wir ergänzend zum Volltarif jetziger Art Wahltarife anbieten, bei denen der Versicherte einzelne Leistungen abwählen kann, die er bei Bedarf selbst zahlt oder über Zusatzversicherungen finanziert oder ganz auf sie verzichtet. Diese Wahltarife können z.B. umfassen, Fahrtkosten, bestimmte Arznei- und Hilfsmittel, bestimmte Behandlungsformen. Dann könnten in Wahlтарifen die Beitragsätze um bis zu 20 % sinken.

„ZIEL DER NEUEN BUNDES-REGIERUNG IST ES, DEN ANSTIEG DER KRANKENVERSICHERUNGS-BEITRÄGE ZU STOPPEN UND DIE BEITRÄGE DAUERHAFT ZU STABILISIEREN.“
(KOALITIONSVEREINBARUNG VOM 20. OKTOBER 1998)

Wir wollen den Patienten mehr Transparenz über die Kosten ihrer Behandlung ermöglichen, Versicherten mehr Gestaltungsfreiheit beim Leistungskatalog und bei der Beitragshöhe geben und den Wettbewerb unter den Kassen und Leistungserbringern forcieren. Das unterstützt den medizinischen Fortschritt zum Vorteil aller Versicherten – die Versicherten bekommen mehr Möglichkeiten zur Eigengestaltung, ohne dass jemand durch das soziale Netz fällt. Bei uns soll auch künftig der Starke für den Schwachen eintreten. Wir wollen die paritätische Finanzierung des Schutzes, aber neue und zusätzliche Möglichkeiten in der Medizin erfordern auch neue, ergänzende Lösungen.

DIE RÜCKLAGEN DER PFLEGEVERSICHERUNG: GEPLÜNDERT!

Der Bundesfinanzminister benutzt die gute Finanzausstattung der Pflegeversicherung, um seinen Haushalt zu sanieren. Außerdem werden der Pflegeversicherung neue bürokratische Auflagen aufgedrückt, die zu zusätzlichen Verwaltungskosten von etwa 1,6 Mrd. DM führen. Selbst das Bundesgesundheitsministerium geht in den nächsten Jahren von jährlichen Defiziten in Höhe 750 Mio. DM aus. Folge: Die Rücklagen in der Pflegeversicherung, die ursprünglich bis 2010 gereicht hätten, werden schon 2005 aufgebraucht sein.

Ein Reformbedarf wird von Rot-Grün verneint. Damit drohen Beitragsanhebungen – die Lohnnebenkosten steigen weiter!

KEINE INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT DEUTSCHLANDS

Noch nie in der Geschichte Deutschlands war der Anteil der Investitionen am Bundeshaushalt so niedrig wie unter Rot-Grün. Bis 2004 sinkt die Investitionsquote auf 10,4 % – das ist ein erschreckender Negativrekord zu Lasten unserer Zukunft.

Gerade die Investitionen in Forschung, Verkehr und Bauwesen sind drastisch gekürzt worden. Dies sind fehlende Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Und dies trifft vor allem die neuen Bundesländer.

Bei der Verkehrsinfrastruktur sind die Investitionen allein in den Jahren 1999 und 2000 gegenüber der früheren Regierung um 500 Mio. DM gekürzt worden. Im Haushaltsentwurf für 2001 sind weitere rund 1,4 Mrd. DM gestrichen worden. Das groß angekündigte Anti-Stau-Programm ist in Wirklichkeit ein Investitionsverzögerungsprogramm: Dringend benötigte Massnahmen werden auf den Zeitraum nach 2002 verschoben. Darunter leidet die Mobilität, die für CDU/CSU-Fraktion entscheidendes Kriterium für Wirtschaftswachstum bleibt.

„WIR WOLLEN EIN VERKEHRSSYSTEM, DAS DIE MOBILITÄT ALLER MENSCHEN FLÄCHEN-DECKEND UND UMWELT-VERTRÄGLICH GEWÄHRLEISTET. VERKEHRSSINVESTITIONEN SIND FÜR NACHHALTIGES WACHSTUM UNVERZICHTBAR.“
(KOALITIONSVEREINBARUNG VOM 20. OKTOBER 1998)

Bei der Bahnreform hat die rotgrüne Regierung die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen weiter verschleppt.

„DIE BAHNREFORM MUSS ZUM ERFOLG GEFÜHRT WERDEN.“
(KOALITIONSVEREINBARUNG
VOM 20. OKTOBER 1998)

Nachdem die Forderungen von CDU/CSU-Fraktion nach dringend notwendiger Verstärkung der Bahninvestitionen auch im Haushalt 2001 nicht entsprochen wurde, sollen die fehlenden Milliarden jetzt zum Teil aus den Zinsersparnissen der UMTS-Erlöse erbracht werden. Die unter CDU/CSU-Verantwortung in den Jahren 1994 bis 1998 gut vorangebrachte Bahnreform muß zuverlässig weitergeführt werden.

KONZEPTIONSLOSE BILDUNGS- UND FORSCHUNGSPOLITIK

Die von CDU und CSU regierten Bundesländer sind Vorreiter einer aktiven und modernen Bildungspolitik. Sie wissen: Es geht um die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. Sie setzen deswegen mit ihrer Politik für Schulen, Hochschulen und Berufsausbildung vor allem auf eines: mehr Qualität. Das bedeutet: Ein Unterricht, bei dem die jungen Menschen lernen, was sie für die Welt von morgen brauchen. Das bedeutet: motivierte Lehrer. Das bedeutet: moderne Ausstattung.

„FÜR EINE GRUNDLEGENDE REFORM UND VERBESSERUNG DER AUSBILDUNGSFÖRDERUNG WERDEN WIR EIN IM BUNDES RAT UND BUNDESTAG ZUSTIMMUNGS-FÄHIGES KONZEPT BIS ENDE 1999 VORLEGEN.“

(KOALITIONSVEREINBARUNG
VOM 20. OKTOBER 1998)

Rot-Grün hingegen redet viel von Bildung, tut aber wenig. Das Versprechen, die Investitionen in Forschung und Wissenschaft deutlich zu erhöhen, gar zu verdoppeln, war hohl. Im Jahr 2000 liegen die Gelder von Bildungsministerin Bulmahn sogar noch unter dem Niveau des Vorjahres. Und um die Inhalte, die in den Zeiten der Globalisierung, des Internets und der Biotechnologie gelehrt werden sollen, wird sich nicht gekümmert.

Die von der rotgrünen Koalition versprochene BAFöG-Reform hat lange, zu lange auf sich warten lassen. Schon Ende 1999 wollte man elternunabhängige Förderung einführen. Inzwischen hat das Bildungsministerium den rotgrünen Ansatz aufgegeben und ist auf den zuvor kritisierten Unionskurs eingeschwenkt: Das Elterneinkommen soll unabhängig vom Kindergeld zum Maßstab genommen werden. Die rotgrüne Verzögerung bedeutet: Fast zwei Jahre müssen Studierende nun schon auf spürbare Leistungsverbesserungen warten. Und wann immer die dringend notwendige Reform umgesetzt wird, das CDU/CSU-Original hätte man schon lange haben können.

Die geplante Novellierung des Hochschulrahmengesetzes ist ebenso steckengeblieben. Gleichzeitig spielt die Bildungsministerin weiterhin mit dem zentralistischen Gedanken aus der Koalitionsvereinbarung, die Frage von Studiengebühren bundesweit festzuschreiben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion meint: Dies muss Ländersache sein. Wer mit intelligenten Qualitätsprogrammen voran will, darf nicht von der langsamen Bundesregierung gebremst werden.

„WIR WERDEN DIE INVESTITIONEN IN FORSCHUNG UND BILDUNG IN DEN NÄCHSTEN FÜNF JAHREN VERDOPPELN.“

(GERHARD SCHRÖDER,
REGIERUNGSEKKLÄRUNG
VOM 10. NOVEMBER 1998)

Bio- und Gentechnologie sind Zukunftstechnologien. Wir fordern die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass die Gentechnologie ihr Potential wirksam entfalten kann. Zugleich müssen unverantwortliche Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt vermieden werden. In unserer „Hildesheimer Erklärung“ vom 7. September 2000 haben wir klar Position bezogen für eine ethisch verantwortungsvolle Nutzung der Gentechnologie.

Rot-Grün hat keine Lösungen, sondern will statt dessen die Industrie in „Konsensgesprächen“ zwingen, ein dreijähriges Moratorium bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen festzulegen. Dies würde die Forschung in Deutschland blockieren und den hohen wissenschaftlichen und industriellen Standard gefährden, der unter der früheren Bundesregierung erreicht wurde.

LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHER RAUM GEFÄHRDET

Die Versprechung der Koalitionsvereinbarung „Ländliche Räume stärken – Landwirtschaft sichern“ hat sich als hohle Phrase entpuppt. Allein die Einführung der Ökosteuer belastet die Landwirtschaft mit 1 Mrd. DM jährlich und muss auch deshalb vom Tisch.

Die Bundesregierung hat den Steuersatz für Diesel in der Landwirtschaft von

21 Pf/l in 1998 auf 57 Pf/l ab 2001 verdreifacht, indem die Ökosteuer eingeführt, die

Gasölbeihilfe reduziert und einen teurer „Agrardiesel“ beschlossen wurde. Andere Länder wie z.B. Frankreich gestatten ihren Landwirten die Verwendung von niedrig besteuertem Heizöl und haben die Steuerlast jetzt sogar noch weiter reduziert. Damit unsere Bauern in Europa wettbewerbsfähig sind, fordern wir, dass sie zukünftig mit 12 Pf/l besteuertes Heizöl tanken dürfen.

„DIE NEUE BUNDESREGIERUNG WIRD DIE LÄNDLICHEN RÄUME STÄRKEN UND DIE LANDWIRTSCHAFT AUF DER GRUNDLAGE EINER REFORMIERTEN EU-AGRARPOLITIK MIT IHREN UNTERSCHIEDLICHEN STRUKTUREN IN OST UND WEST SICHERN. DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER LANDWIRTSCHAFT EINSCHLIESSLICH DER VOR- UND NACHGELAGERTEN BEREICHE IST GLEICHZEITIG ZU STÄRKEN.“
(KOALITIONSVEREINBARUNG
VOM 20. OKTOBER 1998)

Die willkürliche Absenkung der Vorsteuerpauschale und Veränderungen der steuerlichen Vorschriften führen zu einer zusätzlichen Mehrbelastung von 1,5 Mrd. DM jährlich. Hinzu kommen jährliche Belastungen von rund 300 Mio. DM durch die Benachteiligung von Einzel- und Personenunternehmen in der rotgrünen Steuerreform. Erst im Jahre 2005 ist mit Entlastungen zu rechnen – viel zu spät.

Auch im agrarsozialen System wurden innerhalb von zwei Jahren 719 Mio. DM gekürzt. Die Folge sind Beitragserhöhungen um bis zu 110 Prozent in der Alterssicherung der Landwirte. Diese Kürzungen müssen zurückgenommen werden.

Zur schlechten Bilanz für unsere Landwirte gehört auch, dass die Bundesmittel für

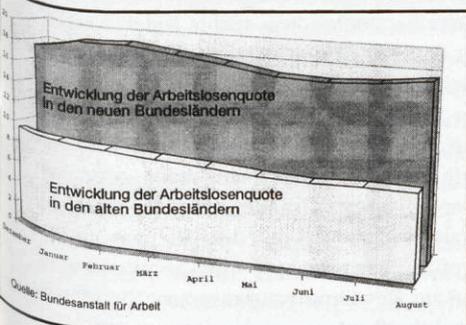
die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes eingefroren wurden und die Agenda 2000 deutsche Landwirte bis 2006 jährlich mit bis zu 1,5 Mrd. DM belastet. Insgesamt summieren sich die neuen zusätzlichen Belastungen auf 5 Mrd. DM jährlich. Einkommensverluste von bis zu 25 Prozent sind die Folge. Es gibt kaum eine andere Bevölkerungsgruppe, die ähnliche Sonderlasten tragen muß.

DIE NEUEN BUNDESLÄNDER VERGESSEN

Die Menschen in den neuen Bundesländern haben nicht vergessen, dass es Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine waren, die den Vertrag zur Wirtschafts- und Währungsunion 1990 abgelehnt haben. Sie wissen: Schröder kann nichts mit den Menschen, die dort leben, anfangen. Sie sind ihm mit ihrer Geschichte und ihrem Leben fremd.

„ICH HABE ERKLÄRT, DEN
AUFBAU OST ZUR CHEFSACHE
ZU MACHEN.“

(GERHARD SCHRÖDER,
REGIERUNGSERKLÄRUNG
VOM 10. NOVEMBER 1998)



Bis heute haben die neuen Bundesländer keinen Platz in der Politik von Rot-Grün. Sie sind nicht Chefsache, sondern Nebensache.

Wichtige Investitionen sind gekürzt oder gestrichen worden. Im Haushalt 2000 stehen rund 3 Mrd. DM weniger für Strukturanpaßmassnahmen und Wirtschaftsförderung zur Verfügung. Nicht einmal die ICE-Strecke Nürnberg-Erfurt-Berlin – ein elementarer Baustein des transeuropäischen Verkehrsnetzes – konnte gerettet werden. Und Unterstützung für den Standort Rostock-Laage für die Fertigung des neuen Airbus A 3 XX? Fehlzanzeige!

„EINE KÜRZUNG DER HILFEN FÜR
OSTDEUTSCHLAND WIRD ES
NICHT GEBEN.“

(GERHARD SCHRÖDER,
LEIPZIG, 2. APRIL 1998)

Auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern gibt es keine Fortschritte. Mit 17 Prozent ist die Arbeitslosigkeit fast doppelt so hoch wie im Westen. Besonders bedrückend: Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen ist auf 18,3 Prozent im Juli diesen Jahres weiter gestiegen.

Für die Menschen, die unter dem DDR-Unrecht gelitten haben, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine „Ehrenpension“ beantragt. Der Bundesregierung hingegen scheint das Leid der betroffenen Menschen gleichgültig zu sein. Mit der „Luckenwalder Erklärung“ haben wir darüber hinaus einen umfangreichen Katalog konkreter und effektiver Maßnahmen für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern vorgelegt.

AUSSTIEG AUS DER UMWELTPOLITIK

Der Schutz der Umwelt stand ganz oben

auf der Liste der wichtigen Themen. Doch was ist in der Realität daraus geworden?

**„DIE NEUE BUNDESREGIERUNG WIRD EINE NATIONALE NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE MIT KONKRETEN ZIELEN ERARBEITEN.“
(KOALITIONSVEREINBARUNG VOM 20. OKTOBER 1998)**

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist ein politisches Zugeständnis an die Altlinken insbesondere bei den Grünen. Ideologie war wichtiger als Argumente. Eine etablierte und in Deutschland bewährte Technologie wird beendet. Damit entfällt eine zukunftsweisende Energiequelle, die Kohle und alternativen Energiequellen ergänzen muss. Deutschland braucht einen Energiemix, insbesondere um das Ziel, den Ausstoss von CO₂-Emissionen zu reduzieren, erreichen zu können.

Auf den wichtigen Feldern der Umweltpolitik ist nur Stillstand zu verzeichnen. Der Natur- und Artenschutz, die Abfallpolitik, aber auch die Klimapolitik wurden sträflich vernachlässigt. Bis heute gibt es keine Novellierung der Verpackungsverordnung und der TA-Siedlungsabfall. Statt der angekündigten Gesetzesnovellierungen zum Klimaschutz gibt es lediglich sogenannte „Eckpunkte“. Auch zur Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes muss Fehlanzeige festgestellt werden.

CDU/CSU treten für eine marktwirtschaftlich orientierte Förderung der Umweltpolitik ein, die einen effizienten Beitrag zum Schutz unserer Umwelt leistet. Dabei müssen wir weitere deutsche Alleingänge vermeiden. Statt dessen brauchen wir gemeinsame europäische Lösungen, denn Umweltverschmutzungen machen nicht an den Grenzen halt.

WENIGER SICHERHEIT STATT BESSERER SCHUTZ DER BÜRGER

Für jeden ist spürbar, dass die Kinder- und Jugendkriminalität gewalttätiger wird, dass das Organisierte Verbrechen im grossen Stil agiert und die Alltagskriminalität jeden Bürger schnell zum Opfer werden lassen kann. Die Bürger erwarten in dieser Situation zu Recht, dass der Staat alles daran setzt, Kriminalität und Gewalt entschlossen und erfolgreich zu bekämpfen. Sie werden von der Bundesregierung darin bitter enttäuscht.

**„UNSERE LINIE HEISST: ENTSCLOSSEN GEGEN KRIMINALITÄT UND ENTSCLOSSEN GEGEN IHRE URSACHEN.“
(KOALITIONSVEREINBARUNG VOM 20. OKTOBER 1998)**

Während z.B. die unionsgeführten Bundesländer seit Jahren Erfolge bei der Verhinderung von Straftaten und deren Aufklärung erzielen, verweigert sich die Bundesregierung jeder bundesweit wirksamen Verbesserung. Die Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten wird weiterhin abgelehnt. Für den Einsatz von Bundespolizei auf Bahnhöfen und Flugplätzen soll der Betreiber zahlen, was nichts anderes heisst, als dass der Bürger letztlich selbst für seine Sicherheit aufkommen muss. Änderungen im Strafrecht und Jugendstrafrecht, damit die Strafe der Tat schneller auf dem Fuße folgt, werden nicht angegangen oder aus ideologischen Gründen zurückgewiesen. Statt dessen soll es den Richtern noch großzügiger erlaubt werden, Freiheitsstrafen zur Bewährung auszusetzen. Sicherheit wird abgebaut.

Der Eifer der Bundesjustizministerin beschränkt sich darauf, gegen den Rat fast der ganzen Fachwelt die Zivilgerichte umzukrempeln und dabei den Rückzug der Gerichte aus der Fläche einzuleiten. Dabei weiß jeder Sachkundige, dass das deutsche Zivilrechtswesen in Europa vorbildlich funktioniert. Nun aber drohen Bürgerferne und eine Verschlechterung der Rechtsprechung. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagt: Blinder Eifer am falschen Objekt.

VERFEHLTE ZUWANDERUNGS- UND INTEGRATIONSPOLITIK

Die Bundesregierung wollte gegen den Willen der großen Mehrheit der Bürger unseres Landes den sog. „Doppelpass“, die generelle doppelte Staatsangehörigkeit, einführen. Sie gefährdete den inneren Frieden in Deutschland und schadete damit den rechtmässig hier lebenden Ausländern. An der Umsetzung dieser Pläne hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sie erfolgreich gehindert. Auch die von Rot-Grün durchgesetzte doppelte Staatsangehörigkeit von Kindern ist keine Antwort auf die Integrationsprobleme in unserem Land. Sie führt vielmehr zu absurden Konstellationen, wenn diese Kinder volljährig werden.

Eine stimmige Zuwanderungspolitik der Bundesregierung gibt es nicht. Innenminister Schily tönt, „das Boot sei voll“, aber gegen die ungesteuerte Zuwanderung in grossem Ausmaß tut er nichts. Im Gegenteil, die wirtschaftlichen Anreize für Asylbewerber sollen durch Lockerung des Arbeitsverbotes noch erhöht werden und dem Mißbrauch wird durch eine weiche Visapraxis des grünen Aussenministeriums Tür und Tor geöffnet.

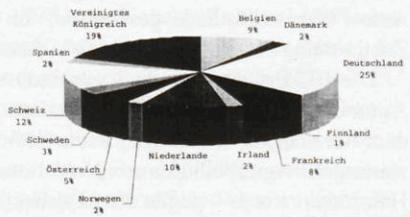
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert: Wir brauchen eine vernünftige, an den

Interessen der Bundesrepublik orientierte Zuwanderungsbegrenzung und Zuwanderungssteuerung. Die Frage einer Reform des Asylrechtes kann dabei nicht außen vor bleiben. Ebenso klar ist, dass Deutschland seine humanitären Verpflichtungen erfüllt.

Zugleich drängt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf eine europäische Lösung, die endlich zu einer gerechteren Verteilung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in der Europäischen Union führt. Für diejenigen Ausländer, die rechtmässig in unser Land kommen, brauchen wir ein Integrationskonzept, das zugleich fördert und fordert. Die rotgrüne Koalition hat die konkreten Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion alternativlos abgelehnt. Wir meinen: Es ist dringend an der Zeit, die Dinge nicht weiter treiben zu lassen.

Ein funktionierender Staat braucht motivierte, leistungsfähige und leistungswillige Beamte und Angestellte. Die Bundesregierung wurstelt jedoch ohne erkennbares Konzept an der Verwaltung herum. Dabei gilt wie im Wirtschaftsleben auch: Wer den öffentlichen Dienst reformieren und bürgerorientierter machen will, der muss bereit sein, dafür etwas zu investieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert daher, die Abkoppelung der Beamten von der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst aufzuheben. Keine Bevorzugung, aber auch keine Sonderopfer.

Asylantrage in Europa in % – Verteilung innerhalb Europas



Quelle: IGC Secretariat Asylum Claims 1999

DEUTSCHE EU- RATSPRÄSIDENTSCHAFT NICHT GENUTZT

Den europäischen Integrationsprozess mit neuen Initiativen vorantreiben und die deutsche Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 1999 nutzen, um der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union neue Impulse zu verleihen – von dieser Zielsetzung in der Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 ist die rotgrüne Bundesregierung heute weiter entfernt denn je zuvor. Die deutsche EU-Präsidentschaft war ein Flop. Das über Jahre aufgebaute europapolitische Kapital der Bundesrepublik Deutschland ist binnen kürzester Zeit verspielt und das Verhältnis zu den Nachbarn schwer belastet worden: Gravierende Verhandlungsfehler und die mangelhafte Abstimmung mit den Partnern, insbesondere mit Frankreich, taten ihr übriges. Auch der Europäische Rat von Köln, von der Bundesregierung als europäischer Beschäftigungsgipfel hochstilisiert, hat die Negativbilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nicht verbessern können.

Der Berliner EU-Gipfel zur Agenda 2000 hat keines seiner zentralen Ziele erreicht: Fehlentwicklungen in der gemeinsamen Agrar- und Strukturpolitik wurden nicht gestoppt, sondern zum Teil zementiert. Es gibt keinen gerechteren Lastenausgleich bei der Beitragsfinanzierung der EU. In der Strukturpolitik wurden für eine Reihe von Mitgliedstaaten neue Fördertatbestände geschaffen, um die Zustimmung zum Gesamtpaket zu sichern.

Die EU-Erweiterung ist – zumindest im Agrarteil – nicht ausreichend finanziert. Mit dem Verzicht auf den Einstieg in die Kofinanzierung der Agrarbeihilfen aus den nationalen Haushalten wurde – gegen die ausdrückliche Forderung der Bundesländer und der Mehrheit

des Deutschen Bundestages – die grosse Chance vergeben, die Agrarausgaben zu verringern, ohne Tausende von Landwirten mit existenzbedrohenden Einkommensverlusten zu konfrontieren. Die Kofinanzierung hätte darüber hinaus die gemeinsame Agrarpolitik auch in der Perspektive einer baldigen EU-Erweiterung finanzierbar gehalten.

„DIE BUNDESREGIERUNG WIRD
INSBESONDERE DIE DEUTSCHE
RATSPRÄSIDENTSCHAFT IM
ERSTEN HALBJAHR 1999 NUTZEN,
UM DEN EUROPÄISCHEN INTE-
GRATIONSPROZESS VORAN-
ZUTREIBEN.“
(GERHARD SCHRÖDER,
REGIERUNGSERKLÄRUNG
VOM 10. NOVEMBER 1998)

Mit einer unprofessionellen Verhandlungsstrategie und schweren handwerklichen Fehlern hat die rotgrüne Bundesregierung zu diesem schlechten Ergebnis selbst beigetragen. Das Berliner Verhandlungsergebnis zur Agenda 2000 hat die Osterweiterung nicht leichter, sondern schwerer gemacht. Es wird damit weder den deutschen noch den gesamt-europäischen Interessen gerecht.

FÜR DIE SCHWÄCHE DES EURO IST ROT-GRÜN MITVERANTWORTLICH

Nach einem guten Start des Euro im Januar 1999 ist der Außenwert der europäischen Währung gegenüber dem US-Dollar von knapp 1,18 US \$ (04. Januar 1999) auf unter 0,90 US \$ (Ende September 2000) gesunken. Der Kursverfall von fast einem Drittel hält an, obwohl die Konjunktur in Europa in den vergangenen Monaten deutlich zugelegt hat und

die Euro-Staaten zum Teil inzwischen wieder Wachstumsraten von mehr als drei Prozent erreichen.

„DIE GEMEINSAME WÄHRUNG MUSS EIN ERFOLG WERDEN. DAS HEISST: SIE MUSS STABIL SEIN UND STABIL BLEIBEN. DIE STABILITÄTSORIENTIERUNG DER KÜNFTIGEN EUROPÄISCHEN GELDPOLITIK STELLEN WIR NICHT IN FRAGE“.

(GERHARD SCHRÖDER,
REGIERUNGSERKLÄRUNG
VOM 10. NOVEMBER 1998)

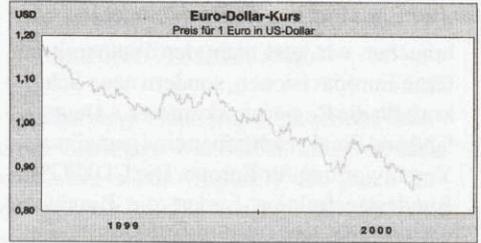
Vom Bundeskanzler hören wir zu diesem Befund seit Monaten, dies sei nicht besorgniserregend, schließlich sei der Euro nach innen stabil und ein schwächerer Euro beflügeln die deutschen Exporte. CDU und CSU haben vor einem derart leichtfertigen Umgang mit dem Außenwert der europäischen Währung immer gewarnt – er führt auf Dauer geradewegs zum Import von Inflation. Die ersten Anzeichen hierfür sind unübersehbar. Die Inflationsrate der Eurozone ist bereits deutlich über zwei Prozent angestiegen.

Es sind aber nicht nur die ökonomischen Rahmendaten, die den Niedergang des Euro verursacht haben. Es handelt sich vielmehr auch um eine politische Vertrauenskrise.

Der Euro krankt an einer unzureichenden Politik. Sein Tiefstand spiegelt das Misstrauen der Märkte in die Bewältigung der wirtschafts-, sozial-, finanz- und arbeitsmarktpolitischen Probleme der Euro-Staaten – und hier an vorderster Stelle der Bundesrepublik Deutschland als größtem Mitgliedsland – wider.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will einen starken Euro. Bis zur Einführung des Bargeldumlaufes am 1. Januar 2002 muss das verlorengegangene Vertrauen der Menschen

in die gemeinsame europäische Währung zurückgewonnen werden. Die Hausaufgaben hierfür liegen nicht bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt, sondern bei der rotgrünen Bundesregierung in Berlin.



VERHÄLTNIS ZU DEN EUROPÄISCHEN PARTNERN UND NACHBARN GETRÜBT

Eine intensive Pflege der Beziehungen zu allen Nachbarn Deutschlands in Europa, neue Impulse für die deutsch-französische Freundschaft, eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen auf breiter, die Gesellschaften durchdringender Grundlage – so lautete das ehrgeizige Ziel der rotgrünen Bundesregierung am Beginn der Legislaturperiode.

Wie sieht die Wirklichkeit aus? Das Verhältnis zu Polen ist ambivalent. Schon wenige Wochen nach dem Amtsantritt der Regierung Schröder/Fischer entstanden Zweifel in Polen, ob die neue Bundesregierung den EU-Beitritt Polens ernsthaft wolle. Sie sind bis heute nicht völlig ausgeräumt. Die TAZ beschrieb das so: „Bis 1998 hatte Kanzler Kohl in historischer Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg die Rolle des 'Anwalts Polens' bei NATO und EU übernommen, und Polen nahm diese Unterstützung nach anfänglichem Zögern an. Heute jedoch steht das Land sprachlos vor der neuen 'Realpolitik' Gerhard Schröders, der Kohls Erbe nicht antreten will.“

Und Frankreich? Bis weit in das Frühjahr 2000 verging kaum eine Woche, in der die Zeitungen in Deutschland und Frankreich nicht über die leidenschaftslosen, politisch weitgehend brachliegenden deutsch-französischen Beziehungen geklagt hätten. Wenn der Gipfel von Nizza ein Erfolg werden soll, brauchen wir jetzt nicht den Wettstreit um ferne Europavisionen, sondern neue Schubkraft für die Regierungskonferenz. Deutschland und Frankreich haben eine gemeinsame Verantwortung für Europa. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, diese endlich wahrzunehmen.

**„WIR BLEIBEN IN EUROPA UND
DER WELT EIN VERLÄSSLICHER
PARTNER.“**

(GERHARD SCHRÖDER,
REGIERUNGSEKKLÄRUNG
VOM 20. NOVEMBER 1998)

Und schließlich Österreich. Die Regierung Schröder/Fischer ist in erster Reihe mitverantwortlich für die Kampagne der übrigen EU-Mitgliedstaaten gegenüber Österreich – ohne Rechtsgrundlage, ohne geordnetes Verfahren und unter Umgehung der europäischen Institutionen! Wer so wie die EU-14 in die demokratische Entscheidungsbildung in einem EU-Mitgliedsstaat eingreift, die Verletzung europäischer Werte behauptet und dieses Land mit Sanktionen bestraft, zerstört das europäische Wertefundament unter dem Vorwand, es schützen zu wollen. Der Bericht der Drei Weisen ist eine politische Ohrfeige für Schröder und Fischer. Die Aufhebung der Sanktionen markiert das unrühmliche Ende eines nicht nur peinlichen und von Anfang an falschen, sondern für den inneren Zusammenhalt der Europäischen Union auch schädlichen Vorgangs.

Zu einer modernen Europapolitik gehört der Umgang mit Minderheiten, wie er von Deutschen und Polen vorbildlich verwirklicht ist. Daher ist es unverständlich, wenn die Bundesregierung die Mittel hierfür überproportional kürzt. So wurden die Mittel des Innenministeriums für die Unterstützung der deutschen Minderheiten beispielsweise von 140 Mio. DM in 1998 auf 64 Mio. DM in 2001 gekürzt. CDU und CSU meinen: Ein klares Bekenntnis zu den im Ausland lebenden Deutschen und Spätaussiedlern muß Teil unserer Europapolitik bleiben.

■

BISLANG KEIN BEITRAG DER REGIERUNG SCHRÖDER/FISCHER ZUR REGIERUNGSKONFERENZ

Das wichtigste Projekt der aktuellen EU-Politik ist die Reform der Verträge in der Regierungskonferenz. Es gilt, die EU in ihren inneren Strukturen auf die Erweiterung vorzubereiten. Die Bundesregierung hat sich dabei von Beginn an auf die sogenannten „left-overs“ von Amsterdam beschränkt und einer ehrgeizigeren Tagesordnung eine Absage erteilt. Aber selbst bei den in Amsterdam nicht gelösten Aufgaben – Größe der Kommission, Stimmenwägung im Rat, Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen – macht die Bundesregierung ihre konkrete Verhandlungsposition für die Öffentlichkeit nicht transparent.

Die Forderung der CDU/CSU-Fraktion nach einer Ausweitung der Tagesordnung, insbesondere um die Erleichterung der Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit, wurde über Monate mit dem Hinweis auf Ablehnung in Frankreich vom Tisch gewischt. Jetzt ist dieser Punkt auf Betreiben Frankreichs sogar offizieller Verhandlungs-

gegenstand der Regierungskonferenz. Dies gilt auch für die wichtige Klärung der Frage, wer in Europa für welchen Politikbereich verantwortlich ist, welche Aufgaben von der Europäischen Union, welche von den Nationalstaaten übernommen werden sollen und welche Zuständigkeiten möglicherweise von Europa wieder auf die nationale Ebene zurückverlagert werden können. Die Bundesregierung hat dieses Thema über Monate verschleppt und als Gefahr für den Erweiterungsfahrplan gebrandmarkt. Die CDU/CSU-Fraktion sieht mit Genugtuung, dass inzwischen selbst der französische Staatspräsident in seiner Berliner Rede vom 27.06.2000 offensiv für eine Kompetenzabgrenzung eintritt.

Innovative Impulse für die Regierungskonferenz sind in der Europapolitik der Regierung Schröder/Fischer nicht enthalten. Äußert der Bundesaußenminister einmal weitergehende Gedanken zur Europapolitik, so kennzeichnet er sie sicherheitshalber als Privatmeinung. Das europapolitische Kapital der Bundesrepublik Deutschland, das in der Regierungszeit von CDU und CSU erarbeitet wurde, ist unter der rotgrünen Bundesregierung bedenklich zusammengeschmolzen. Deutschland hat seine treibende und impulsgebende Funktion in der Europapolitik unter Rot-Grün verloren.

DIE BUNDESWEHR ALS SPAROPFER

Bundesverteidigungsminister Scharping hat keine seiner Versprechungen bei Amtsantritt gehalten. Er und Bundeskanzler Schröder haben ihr Wort gegenüber der Bundeswehr gebrochen. Scharping musste sich dem Diktat von Finanzminister Eichel beugen: Insgesamt sind bis 2003 fast 19 Mrd. DM aus der bisherigen Finanzplanung gestrichen worden.

„DIE WELT ERWARTET VON UNS MEHR ALS JE ZUVOR, DASS WIR UNSEREN VERPFLICHTUNGEN IM RAHMEN UNSERER BÜNDNISSE GERECHT WERDEN.“

(GERHARD SCHRÖDER,
REGIERUNGSKLÄRUNG
VOM 10. NOVEMBER 1998)

Scharpings Pläne sind ohne seriöse finanzielle Grundlage. Die Beschaffungsvorhaben sind nicht solide finanziert und durch undurchdachte Privatisierung gewinnt die Industrie lukrative Aufträge, die Bundeswehr jedoch nichts. Der finanzielle Kahlschlag gefährdet auch die Wehrpflicht.

Statt verlässlicher Planung herrscht das Chaos der Konzepte: Wehrstrukturkommission, Eckwertepapier des Generalinspektors und die Eckpunkte von Minister Scharping. Einziger konkreter Punkt ist der Abbau von rund 100 000 Soldaten und zivilen Mitarbeitern. Mehr als 160 kleinere Standorte werden geschlossen; mehr als 400 weitere sind in Frage gestellt. Die Kürzungen bei Beschaffungen werden vor allem deutsche Unternehmen hart treffen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert Klarheit statt Verunsicherung. Wir wollen eine Bundeswehr mit nicht weniger als 300 000 Soldaten, die gut ausgerüstet und ausgebildet ihren Beitrag zur Sicherung des Friedens leisten kann. Dafür fordern wir mindestens die Rückkehr zur Finanzplanung der bisherigen Regierung, also einen Etat von rund 50 Mrd. DM.

KEIN GELD FÜR MENSCHEN IN NOT

„UM DEM INTERNATIONAL VEREINBARTEN 0,7%-ZIEL NÄHER ZU KOMMEN, WIRD DIE KOALITION

DEN ABWÄRTSTREND DES
ENTWICKLUNGSHAUSHALTES
UMKEHREN.“
(KOALITIONSVEREINBARUNG
VOM 20. OKTOBER 1998)

Die vollmundige Ankündigung der Koalitionsvereinbarung, den Entwicklungshaushalt zu erhöhen, ist wie eine Seifenblase geplatzt. Im Jahre 2000 gab es die größte Kürzung in der Geschichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Zuschüsse für Nichtregierungsorganisationen wurden auf reduziertem Niveau eingefroren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Regierung auf, die Zusagen der Koalitionsvereinbarung einzuhalten. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, den Menschen in den ärmsten Ländern der Welt konkret zu helfen, um ihnen wieder eine Lebensperspektive zu geben.

Auch in der Europäischen Union müssen wir zu einer Reform der Entwicklungszusammenarbeit kommen, um gemeinsam effektive Hilfe leisten zu können. Aber auch hier: Fehlzanzeige bei der Umsetzung der Versprechungen in der Koalitionsvereinbarung.

■

AUSSENPOLITIK OHNE VISIONEN

Die Außenpolitik der Rot-Grünen Regierung ist eine Politik ohne Fundament und ohne Visionen. Rot-grün hat keine klaren Ziele und Initiativen zur Fortentwicklung der

Europäischen Union und der transatlantischen Beziehungen. Das deutsch-amerikanische Verhältnis wird sträflich vernachlässigt anstatt gemeinsam nach Antworten auf die neuen, globalen Herausforderungen an unsere Außen- und Sicherheitspolitik zu suchen.

Der Stillstand in den Beziehungen zu unseren wichtigsten Bündnispartnern schadet den grundlegenden Interessen unseres Landes. NATO und Bundeswehr werden von Teilen der Koalition weiterhin in Frage gestellt. Deutschland hat seine Führungsrolle in den transatlantischen Beziehungen verloren.

Der rot-grünen Menschenrechtspolitik fehlt die Glaubwürdigkeit. CDU und CSU lehnen Inkonsequenz und Doppelstandards ab. So kann man nicht einerseits die bündnispolitisch wichtige Vergabe von Lizenzen zum Bau von Leopard II-Panzern verweigern, die Türkei jedoch andererseits verfrüht zum EU-Beitrittskandidaten machen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass Deutschland auch in Zukunft seine Verantwortung für Frieden und Freiheit mit ganzer Kraft erfüllt. Deutschland muß ein verlässlicher und aktiver Partner in der Außenpolitik bleiben.

Wir werden es nicht zulassen, dass Rot-Grün die gewachsenen Erwartungen unserer Nachbarn und Bündnispartner an das wiedervereinte Deutschland enttäuscht und mit ihrer konzeptionslosen Politik unserem Land schaden.